



Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes – BAföG darf Studiengebühren nicht ignorieren

**Parlamentarische Initiativen von Jan van Aken, Agnes Alpers,
Matthias W. Birkwald, Heidrun Dittrich, Nicole Gohlke,
Rosemarie Hein, Jutta Krellmann, Yvonne Ploetz, Petra Sitte,
Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann, 09. Februar 2011**

09.02.11 - Gesetzentwurf - Drucksache Nr. 17/4662

Studiengebühren erhöhen die Ausgaben von Studierenden. BAföG-Leistungen müssen deshalb entsprechend erhöht werden. Die Kosten müssen Länder tragen, die Studiengebühren zulassen. DIE LINKE fordert das sofortige Verbot von Studiengebühren. Solange sie jedoch erhoben werden, muss das BAföG entsprechend erhöht werden. Studiengebühren bedeuten schließlich höhere Ausgaben für Studierende. Die zusätzlichen Kosten müssen Länder tragen, die Studiengebühren zulassen.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!